Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 79 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 5. April 1929

Die Wiener Ueberraschung.

Deutsch-Österreich, das schon als Staat sozusagen eine Sensation ist, hat wiederum eine politische Sensation zu verzeichnen. Ganz plötzlich ist der Bundeskanzler, Prälat Dr. Seipel, zurückgetreten, und zwar in den parlamentarischen Osterferien. Mit ihm sein Kabinett, das sich auf eine Koalition von Großdeutschen, Landbund und — als weitaus größter Partei darin — Christlich-Soizalen stützt, aber gegenüber der oppositionellen Sozialdemokratie nur über eine sehr geringe Mehrheit verfügt. Und dieser politischen Sensation entspricht die Verwirrung, die mit ihr eintrat und die den Ausblick auf das, was nun eigentlich geschehen soll, ganz erheblich verschleiert. Bei der Begründung seiner Demission bewegt sich Dr. Seipel auch in sehr unbestimmten Andeutungen, stellt sich einerseits auf den Standpunkt, daß die innere und die äußere Konsolidierung Deutsch-Österreichs größte Fortschritte gemacht habe, deutet aber andererseits das Bestehen von gefahrdrohenden Spannungen an, die sich teilweise gegen die Persönlichkeit des Bundeskanzlers selbst richten. Er berührt dabei Einzelfragen, vermeidet es aber, die wichtigste und für Deutsch-Österreichs Innenpolitik entscheidende dieser Spannungen zu streifen, nämlich die zwischen seiner Partei und den Sozialdemokraten.

Dieser Gegensatz, hauptsächlich den Ereignissen der Wiener „Julischlacht" des Jahres 1927 entsprossen, zeigt ein eigenartiges Auf und Ab, hat sich in letzter Zeit aber wegen der Mieterschutzgesetzgebung erheblich verschärft, weil eine Einigung über die Reform dieser Gesetze — die in der Stadt Wien herrschende Sozialdemokratie verlangt absolute Beibehaltung der bisherigen Mietenzwangsbewirtschaftung, während mehrere Länder des Bundesstaates Deutsch-Österreich darüber ganz anders denken — nicht erzielt werden konnte und nun eine Volksbefragung stattfinden sollte. Aber auf den Einigungswillen hierbei wirkten ganz andere, eigentlich fernliegende Dinge ein, die zweifellos bei dem Entschluß Dr. Seipels erheblich mitsprachen: ausgedehnte Arbeitskämpfe, vor allem in der Wiener Metallindustrie, dazu noch die Kämpfe zwischen der Heimatwehr und dem sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund, Auseinandersetzungen, die sogar bis in die Betriebe hineingetragen wurden — und Dr. Seipel hat sich sehr stark für die Heimatwehren eingesetzt.

Das sind bloß ein paar Symptome dieser entscheidenden „Spannung", die vielleicht — Dr. Seipel steht auf diesem Standpunkt — durch einen Wechsel in der Person des leitenden Staatsmannes weniger schroff werden könnte. Dazu kommen aber auch innerhalb der jetzigen Regierungskoalition allerhand Spannungen wirtschaftlicher und auch kulturpolitischer Art, namentlich in Ehe- und Schulfragen, bei denen Dr. Seipel als hoher katholischer Geistlicher sich an eine bestimmte Marschroute natürlich fest gebunden fühlt. Die aber in Deutsch-Österreich eine derartige Zuspitzung erfahren haben, daß sie eine gesetzgeberische Neuregelung im Sinne eines stärkeren Liberalismus' stürmisch fordern.

Und dazu . . ., und dazu . . ., ja, es wäre noch eine ganze Menge solcher „Spannungen" zu erwähnen; denn sie sind desto zahlreicher, je kleiner ein Land und je — deutscher es ist! Man hat aber ein Übermaß von Grundsätzen und Programmen, zwischen denen dann selbst wertvolle Persönlichkeiten leicht zerrieben werden. Namentlich dann, wenn der eine Mühlstein beinahe ebenso groß ist wie der andere, also die Sozialdemokratie einen sehr starken, nicht so leicht zu vernachlässigenden Machtfaktor darstellt. Dr Seipel hat dem nachgegeben, weil er wenigstens einen gewissen Ausgleich einzelner dieser Spannungen durch die Ausschaltung seiner Person für möglich hält. Was natürlich noch längst nicht bedeutet, daß der bisherige Bundeskanzler seine politische Rolle mit seinem Rücktritt abzuschließen willens ist.

Die naheliegende Frage des: Was nun? wird in Deutsch-Österreich selbst dahin beantwortet, daß ein von der Sozialdemokratie etwa weniger angefeindeter Christlich-Sozialer die Neubildung des Kabinetts auf der bisherigen parlamentarischen Grundlage übernimmt. Um der sozialdemokratischen Opposition die Möglichkeit einer weniger schroffen Politik zu schaffen. Zu einem größeren beiderseitigen Entgegenkommen zwingen ja schon die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutsch-Österreich. Will man doch auch mit einer 100-Millionen-Dollar-Anleihe an das Ausland herantreten und dazu bedarf es einer innenpolitischen Konsolidierung oder zum mindesten eines Versuches dazu. Dr. Seipel sprach — allerdings in einem anderen Zusammenhang — anläßlich seiner Demissionsbegründung von der Notwendigkeit für Österreich, Realpolitik zu treiben; diese Mahnung ist jedenfalls im Hinblick auf die oft recht eigenartige bisherige Politik der österreichischen Parteien nur allzu berechtigt.

Folgenschwere Schlagwetterkatastrophe.

Acht Tote, zahlreiche Verletzte.

In einer Grube in Paturages (Provinz Hennegau) ereignete sich eine folgenschwere Schlagwetterexplosion. Bisher wurden acht Tote festgestellt. Die Zahl der Verletzten ist groß.

Wiederzusammentritt der Sachverständigen in Paris

Paris, 4. April. Nach einer achttägigen Osterpause sind die Pariser Sachverständigen am Donnerstag wiederum zu einer Vollversammlung zusammengetreten, um mit der Behandlung des Kernproblems in der Kriegsentschädigungsfrage, der Höhe der deutschen Zahlungen, zu beginnen. Der heutige Donnerstag galt der Besprechung der beiden Denkschriften, die von den 4 Hauptgläubigern Deutschlands einerseits und dem Vorsitzenden Owen Young in der letzten Sitzung vor Ostern vorgelegt wurden. Die deutschen Sachverständigen stellten eine Reihe von Fragen, um nähere Aufklärung über den Inhalt der Denkschriften zu erhalten. Die deutschen Fragen werden im Laufe des Nachmittags schriftlich wiederholt und dürften auch schriftlich beantwortet werden.

Für Freitag ist eine mündliche Aussprache zwischen Dr. Schacht und den Sachverständigen der vier Hauptgläubigermächte vorgesehen. Auch die Amerikaner und Japaner haben ihre Mitarbeit — falls diese notwendig sein sollte — in Aussicht gestellt. Nach dieser gemeinsamen Zusammenkunft sollen in getrennten Beprechungen zwischen den Deutschen und je einer alliierten Abordnung die aufklärenden Unterhaltungen des heutigen Tages fortgesetzt werden, bei denen es sich vorläufig nicht um die Festsetzung der Höhe der deutschen Zahlungen handelt. Entscheidungen können nur im Vollkommitee fallen.

Auf deutscher Seite legt man Gewicht auf die Feststellung, daß am Freitag und den kommenden Tagen nicht um die Höhe der deutschen Zahlungen gefeilscht werden wird, sondern, daß der Versuch gemacht werden soll, in gemeinsamer Aussprache sich um ein gemeinsames Urteil über die richtige, von Deutschland zu zahlende Summe zu bilden. Wenn diese mündliche Aussprache zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, soll der Vorsitzende die nächste Vollsitzung einberufen.

•

Die Angriffe auf Schacht

Paris, 4. April. Die ständigen Angriffe der französischen Presse gegen die deutschen Sachverständigen, die sich vor allem gegen die Persönlichkeit Dr. Schachts richten, sind geignet, auf die Dauer unliebsames Aufsehen zu erregen. Mit Befriedigung kann aber festgestellt werden, daß diese Angriffe von den französischen Sachverständigen nicht geteilt werden und keineswegs auf deren Weisung zurückzuführen sind. Im Gegenteil, in Kreisen der Sachverständigen herrscht nach wie vor das beste Einvernehmen und es kann nicht die Rede davon sein, daß die Vorwürfe gegen Dr. Schacht auch nur das geringste mit den Teilnehmern der Sachverständigenberatung zu tun haben.

Auch die Darstellung der französischen Presse, als ob es sich bei den vor Ostern überreichten beiden Denkschriften um ein Ultimatum der Verbündeten gehandelt hätte, ist völlig aus der Luft gegriffen. Der Inhalt der Denkschriften hat in deutschen Kreisen angenehm überrascht und als ein sicherlich nicht wertloser neuer Antrieb zur Lösung der Kriegsentschädigungsfrage empfunden worden.

•

Reichshaushaltplan und Große Koalition.

Hoffnungen auf Einigung.

Durch die Ostertage unterbrochen, haben in letzter Zeit Besprechungen der Finanzsachverständigen der für die Koalitionsbildung im Reiche in Betracht kommenden Fraktionen stattgefunden. Dabei wurden die von den verschiedenen Parteien vorgeschlagenen Ersparnisse des Reichshaushaltsplanes 1929 erörtert. Man konnte eine grundsätzliche Übereinstimmung der beteiligten Parteien über verschiedene Abstriche erzielen, durch die eine Ermäßigung der Deckungsvorlage, namentlich ein Wegfall der Biersteuererhöhung ermöglicht werden soll. Die in Betracht kommenden Zahlen stehen noch nicht fest, zumal die demokratischen Unterhändler in den letzten Tagen an den Besprechungen nicht teilnehmen konnten. Voraussetzung für die gemeinsame Erledigung des Etats durch die beteiligten Parteien ist die Bindung an eine feste Reichstagskoalition. Die Regierung ist an den Besprechungen zum Etat nicht beteiligt, selbstverständlich aber wird der Reichsfinanzminister über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten.

Donnerstag wurden die Besprechungen der Finanz- und Steuersachverständigen der Parteien fortgesetzt. Auch die Demokraten nahmen daran teil, so daß man mit einem endgültigen Abschluß der Verhandlungen rechnen kann. Mit dem Ergebnis wird sich das Kabinett voraussichtlich am Sonnabend beschäftigen. Die für die Koalition in Betracht kommenden Parteien halten am Dienstag der nächsten Woche Fraktionssitzungen ab, in denen sie sich darüber schlüssig werden wollen, ob sie mit den Vereinbarungen ihrer Unterhändler über die Verabschiedung des Etats unter gleichzeitiger Bildung der Großen Koalition einverstanden sind.

Regierungsverhandlungen unter den österreichischen Parteien.

Seipel will nicht mehr kandidieren
Kommt es zu einem Kampf-Kabinett?

Wien, 4. April. In der Vorstandssitzung der christlich-sozialen Partei am Donnerstag wurde ein fünfgliedriger Verhandlungsausschuß eingesetzt, der noch heute die Besprechungen sowohl mit den anderen Mehrheitsparteien wie mit der Opposition aufnehmen soll.

Die Verhandlungen des Ausschusses mit der sozialdemokratischen Partei haben den Zweck, ein Arbeitsprogramm zu schaffen, in welchem die von Dr. Seipel bereits genannten Punkte enthalten sind, an ihrer Spitze die Verabschiedung des Mietengesetzes. Es ist anzunehmen, daß die Sozialdemokraten die Weiterberatung der verschiedenen schon in Angriff genommenen Gesetzentwürfe nicht rundweg ablehnen, sondern Zugeständnisse fordern werden, die zum Teil außerhalb der bisherigen parlamentarischen Arbeiten liegen.

Sollten aber die Verhandlungen scheitern, so müßte, wie schon angekündigt, das sogenannte Kabinett der scharfen Tonart folgen. Die ursprünglich erwogene Möglichkeit, daß an die Spitze dieser Regierung wiederum Dr. Seipel treten würde, ist nunmehr ausgeschaltet. Dr. Seipel soll bereits heute erklärt haben, daß er eine neue Betrauung nicht mehr annehmen wolle. Wer die Kampfregierung bilden soll, darüber wird erst entschieden werden. Unter den Persönlichkeiten aus der unmittelbaren politischen Umgebung Dr. Seipels könnte vielleicht der jetzige Unterrichtsminister Schmitz in Betracht kommen.

Einen Ueberblick über das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen wird man zu Beginn der nächsten Woche haben können. Am Dienstag wird der Nationalrat zusammentreten, um den Rücktritt der Regierung zur Kenntnis zu nehmen. Die Sitzung des Hauptausschusses, in welcher die Wahlvorschläge für die neue Regierung beschlossen werden, wird nicht vor Donnerstag oder Freitag stattfinden, so daß frühestens Ende nächster Woche ein Abschluß der Krise möglich ist, wenn keine besonderen Zwischenfälle eintreten.

Die Heimwehrführer gehen zu der Regierungsbildung nach Wien

Graz, 4. April. Donnerstag fand hier eine Versammlung des Heimatschutzes statt, welche zum Rücktritt der Regierung Seipel Stellung nahm und eine scharfe Kundgebung gegen eine Koalition mit den Sozialdemokraten beschloß. In dieser Woche werden sich die beiden Heimwehrführer Dr. Steidle und Pfriemer nach Wien begeben, um anläßlich der Verhandlungen über die Regierungsbildung dem entschlossenen Willen des Heimatschutzes gegen jede Koalition mit den Sozialdemokraten Ausdruck zu geben.

Die nächsten Fahrten des Grafen Zeppelin

Friedrichshafen, 4. April. Der Luftschiffbau „Graf Zeppelin" gibt folgendes bekannt: Etwa am 20. April erfolgt eine zweite Mittelmeerreise des „Graf Zeppelin", die etwa 2½ Tage dauern soll. Sie wird über das westliche Mittelmeerbecken führen. Anschließend, etwa Anfang Mai, wird eine Fahrt nach Wien und soweit die Bewölkung im Gebirge es zuläßt, auch nach einigen anderen Städten Oesterreichs erfolgen. Sie wird etwa 12 Stunden dauern. Etwa Mitte Mai erfolgt die erste Amerikafahrt dieses Jahres, für die nur ein Aufenthalt von drei Tagen in den Vereinigten Staaten vorgesehen ist. Anfang bis Mitte Juni soll eine weitere Amerikafahrt folgen. Für den Hochsommer, d. h. für die Zeit der langen Tage ist eine Fahrt über Ostdeutschland geplant, die ev. mit einer Zwischenlandung in Berlin und dementsprechend in zwei Abschnitten durchgeführt werden soll. Der erste Abschnitt dürfte daher umfassen die Strecke Friedrichshafen—Schlesien—Berlin, der zweite die Strecke Berlin—Ostpreußen—Friedrichshafen.

Ueber weitere Fahrten nach Westdeutschland usw. ist noch nichts bekannt. Ebenso sind für die Weltfahrt, die etwa Anfang August erfolgen soll, alle technischen Voraussetzungen noch nicht völlig geklärt.

Es ist aber anzunehmen, daß die Lösung aller Schwierigkeiten rechtzeitig erfolgen wird. Die Mittelmeerfahrt und die beiden Amerikafahrten sind in erster Linie Studien und Ausbildungsfahrten für die Besatzung. Es kann nur eine beschränkte Anzahl von Passagieren zugelassen werden. Dementsprechend sind, wie bekannt, die Fahrpreise auf 3000 Mark bezw. 2000 Dollar festgesetzt worden. Die anderen Fahrten sollen reine Passagierfahrten und dementsprechend billiger sein. Soweit Platz vorhanden ist, werden Passagiere für die Wiener Fahrt zu Preisen von 600 Mk. pro Person und für die Schlesien-Ostpreußenfahrt zum Preise von 1000 Mark gebucht werden können. Für die letztgenannte Fahrt nehmen die Vertretungen der Hamburg-Amerika-Linie auch Teilbuchungen entgegen. Der Abschnitt Friedrichshafen—Schlesien—Berlin kostet 400 Mark, der Abschnitt Berlin—Ostpreußen—Friedrichshafen 600 Mark.

Besonders soll betont werden, daß für die kommenden Fahrten kein Pressemonopol mehr besteht. Der genaue Termin für den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF